

Schäfer liest man an dem Passus vorbei, in dem Pius XI. betont hat, daß Christus der Kirche das Urteil darüber allein anvertraut hat, über das, was zum übernatürlichen Leben gehöre.

Die Grenzüberschreitungen in das eigenste Gebiet der Kirche sind in den letzten Wochen in Italien leider symptomatisch geworden. Es fehlt aber nicht in den Reihen des Faschismus auch an Männern, die wie Arnaldo Mussolini den Streitfall nach der Ausschaltung einiger früherer Angehöriger der Italienischen Volkspartei aus der katholischen Aktion für beigelegt erachten. Man wünscht, um seine Befürchtung einer Zellenbildung der aufgelösten Partei Don Sturzos in der katholischen Aktion loszuwerden, eine Interpretation des Artikels 43 des Konkordates. Dieser gemäßigten Richtung im Faschismus, mit der sicherlich auch der nationalsozialistische Flügel des Faschismus mit dem Senatspräsidenten Federzoni und dem Justizminister Rocco sympathisiert, steht ein anderer der absoluten Totalität des Faschismus gegenüber. Jede kirchliche Einwirkung auf die Jugend-erziehung außerhalb des Katholizismus und der Kirche erscheint ihm als Gefahr zur Verweichlichung und Vorkurs des Weltwesterntums. Nach einer kürzlichen Rede Giustinis in Lucca müsse der Faschismus künftig eine große Intransigenz zeigen und seine unbeschränkte Macht mit keiner anderen Macht teilen. Wenn diese Rede etwa eine Signalparole war, denn steht die katholische Kirche und der faschistische Staat erst im Anfang schwerster grundsätzlicher Kämpfe. Es gibt hierzulande Gegner des Faschismus, die leimhaft aus der Begriffswelt des Faschismus diese Ueberwucherung staatlichen Wollens auf allen Lebensgebieten erklären. Bei der Gestalt Benito Mussolinis ist es aber auch denkbar, daß er ebenso wie in der Frage der Bevölkerungsunahme die Grenzen staatlicher Einwirkung und die Notwendigkeit des Lebensraumes der Kirche erkennt. Das ist eine letzte entscheidende Frage. Möge auch darin Pius XI. Recht behalten, daß der tragische, dunkle Einschlag der Geschichte, unter dem die einzelnen wie die Völker leiden, überwunden werde von dem Licht, der Wärme und Liebe der göttlichen Vorsehung.

Nachklänge zu Sildesheim

Reichshandwerker Dr. Brüning hat am Sonntagvormittag vor seiner Abreise nach Berlin in Sildesheim vor Arbeiterzentrumswählern über die neue Notverordnung gesprochen. Gerade den Arbeitern gegenüber, erklärte der Kanzler, gelte es klar zu machen, daß die Maßnahme nicht deshalb getroffen worden sei, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern oder um die soziale Versicherung abzubauen. Es gehe aber um die Frage des Weiterbestandes des ganzen Volkes und darum, den Boden zu bereiten, auf dem der Weg zur Entlastung der Lasten gefunden wird. Wenn Deutschland gefunden wolle, so müssen Opfer gebracht werden, und zwar von allen Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Berufsgruppen.

In der Aussprache, die sich an die Rede des Kanzlers angeschlossen, kamen die Wünsche zum Ausdruck, die in den Kreisen der Arbeiterzentrumswähler hinsichtlich der Notverordnung bestehen. Diese Wünsche sind inzwischen auch formuliert und den zuständigen Stellen vorgelegt worden.

Im Rahmen der Aussprache, die sich auf der gemeinsamen Sitzung der Reichstagsfraktion und des Reichsparteivorstandes am Sonntag in Sildesheim an das Sekretariat des Reichshandwerkersamts, ergriff auch der Vorsitzende der Sächsischen Zentrumspartei, Pfarrer Ritzsch, kurz das Wort. Er wies hin auf die Notwendigkeit, der Agitation der Opposition ausfindend entgegenzutreten. Er bezeichnete es u. a. als ein geeignetes Mittel, wenn die Regierung wichtige Kundgebungen wie den mit der letzten Notverordnung verbundenen Aufruf durch amtlichen Anschlag in allen Gemeinden bekanntgeben würde. Auf diese Weise würde ein weit größerer Teil der Bevölkerung Kenntnis von den Absichten der Regierung bekommen. Gerade dieser letzte Aufruf der Regierung sei von den oppositionellen Zeitungen in Sachsen nur in verkürzter, s. T. sinnentstellend verformter Form in Abdruck gebracht worden. Der amtliche Anschlag könne der tendenziösen Berichterstattung der oppositionellen Presse entgegenwirken. — Der Vorschlag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Anträge zur Notverordnung im Sächsischen Landtag

Dresden, 16. Juni. Die heutige Landtagssitzung begann mit der wenig erfreulichen Mitteilung, daß die Tagesordnung noch durch fünf kommunistische Anträge bereichert worden ist, die sich alle mit der Notverordnung befassen und im kommunistischen Sinne agitatorisch ausgebaut werden sollen. Auch die Deutschnationalen haben einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Notverordnung richtet und die Regierung beauftragt, gegen die Notverordnung bei der Reichsregierung vorstellig zu werden.

Dann trat man in die Tagesordnung ein. Die seit Jahren gefährdete Frage der Dampfhefelauflicht nahm wieder viel Zeit in Anspruch. Der Berichterstatter, Abg. Schleinig, besprach ausführlich die die Öffentlichkeit wenig interessierenden Fragen, die hiermit zusammenhängen. — Bei Schluß der Redaktion dauerte die Sitzung fort.

Die Schiffskatastrophe an der Loire-Mündung

Paris, 16. Juni. Die Agentur Havas veröffentlicht jetzt eine ungefähre Liste der Opfer des Schiffunglücks von Noirmoutier. Die Liste führt die Namen von 368 Personen auf, häufig vier bis fünf Mitglieder einer Familie, die meist aus Nantes kommen. Die Lage des gesunkenen Dampfers konnten die Taucher bisher noch nicht feststellen. Für die Hinterbliebenen der Katastrophe soll in ganz Frankreich eine Sammlung veranstaltet werden.

* Die Nachricht, daß eine französische Kommission, bestehend aus Finanzleuten und Industriellen beauftragt worden sei, sich nach Deutschland zu begeben, um dort an Ort und Stelle die Lage zu studieren, wird vom „Echo de Paris“ demontiert.

* Die Königin von Holland trifft Dienstag früh in Begleitung des Prinzgemahls und der Kronprinzessin zum Besuch der Internationalen Kolonialausstellung in Paris ein.

Die Rechtsopposition beim Kanzler

Besprechung der Revisionsfrage

Berlin, 16. Juni.

Scheidtmann Eugenberg und Dr. Oberjochen als Vertreter der Deutschnationalen Partei sind vom Kanzler gestern in der achten Abendstunde empfangen worden. Der Kanzler besprach mit den Herren in ähnlicher Weise wie vorher mit den Vertretern der anderen Parteien die gegenwärtige Lage und informierte sie über seine Absichten hinsichtlich der Ausrollung der Revisionsfrage. — Die gleichen Erklärungen gab der Kanzler dem Abgeordneten Göhring, der als Vertreter der nationalsozialistischen Partei anschließend empfangen wurde.

Daß diese Besprechungen an der grundsätzlichen Haltung der Opposition nichts geändert haben, versteht sich von selbst. Eine Erklärung, die die deutschnationale Fraktion gestern — allerdings vor dem Empfang Eugenbergs durch den Kanzler — gefaßt hat, gibt ein Bild von den Absichten der Rechtsopposition. Die entscheidenden Stellen dieser Entscheidung lauten:

Die Deutschnationale Volkspartei verlangt die Einberufung des Reichstages. Die Reichstagsfraktion verlangt die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März- und 5. Juni 1931. Der vom Reichsfinanzminister angekündigte Plan des Kabinetts, von dem Mittel des Jugendmoratoriums Gebrauch zu machen, wäre der verkehrteste Weg zur Lösung der alles überschattenden Tributfrage. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine neue auswärtige Anleihe und damit eine neue Fessel und neues Gift für unsere Wirtschaft. (Der Kanzler hat diesen Ausweg, den in den letzten Tagen gerade der Rechtsopposition angehörende Wirtschaftsführer ihm angetragen haben, in Sildesheim ausdrücklich abgelehnt. D. Red.) Es wäre ein Mißbrauch des Wortes „Bürgfrieden“, wenn jetzt die Vertreter eines gescheiterten Systems dieses Wort als Grundlage für den Versuch einer Abwendung des politischen Gerichtes benutzen wollten, das ihnen bevorsteht. Der Ernst des deutschen Willens zur Aufgabe der Erfüllungspolitik kann dem Auslande nur dann zum Bewußtsein gebracht werden, wenn die am Youngplan Schuldigen vor der Jungangriffnahme der Revisionspolitik von der Verantwortung ausgeschlossen sind und der Einfluß des Marxismus im Reich und in Preußen gebrochen ist. Nur der Rücktritt der jetzigen Reichsregierung, Neuwahlen in Preußen und die Übernahme der Verantwortung durch die Rechte kann Deutschland retten."

Die Wünsche der Gewerkschaften

Am Montagmittag fand eine dreistündige Aussprache zwischen Gewerkschaften und Reichsregierung statt. Die Reichsregierung war vertreten durch Reichshandwerker Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Dr. Siegelmann.

Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die sozialen Här-

ten der Notverordnung im allgemeinen und auf die besonders ungleiche Lastenverteilung bei der Krisensteuer hin. Sie wandten sich ferner gegen die untragbaren Nachteile, die der an sich schwer leidenden Erwerbslosen erwüchsen, nicht zuletzt auch den Jugendlichen, die bis zum 21. Lebensjahr überhaupt nicht von ihren Rechten aus der Versicherung Gebrauch machen dürften. Auch die Ausnahmehaftung der Behördenangestellten und der sogenannte Tarifbruch durch die Notverordnung waren Gegenstand lebhafter Aussprache. Ferner fand die Streichung der Lohnsteuererüderstellungen und die Erfüllungspflicht für gewählte Krisenunterstützung Ablehnung.

Die Haltung der Christlich-Sozialen

Reichstagsabgeordneter Simpendörfer sprach am Sonntag auf der hiesigen Landesversammlung der Christlich-Sozialen Volksdienstes in Karlsruhe über die politische Lage. Der Volksdienst sei von der Notwendigkeit baldiger personeller Veränderungen im Reichskabinett überzeugt. Insbesondere halte er Dr. Curtius nach wie vor für ungeeignet für die Führung des Revisionskampfes. Er müsse dem Reichskanzler die volle und alleinige Verantwortung dafür zuschieben, daß er in diesem Augenblick einen Außenminister noch halte, der in Deutschland nichts, auch seine eigene Partei, nicht mehr hinter sich habe. Trotzdem könne sich der Volksdienst nur schwer mit dem Gedanken der sofortigen Einberufung des Reichstages vertraut machen, weil auch davon niemand in Deutschland anderes als Verzerrung und Schädigung der Landesinteressen erwarten könne. Mit dem Streben nach Auflösung der Regierung Brüning durch ein Direktorium nach den Wünschen der westdeutschen Schwerindustrie habe der Volksdienst nichts zu tun. Er wünsche keine Umbildung der Regierung in der Richtung auf die Wünsche einzelner Parteien oder Wirtschaftskruppen, sondern ihre Fortführung im Sinne vollkommener Weidparteilichkeit und Freiheit von allen parteimäßigen Bindungen. Die Volksdienstführung ziehe in Erwägung, diese ihre Auffassung in wirksamer Form auch zur Kenntnis des Reichspräsidenten zu bringen.

Die Abänderung unsozialer und unwirtschaftlicher Bestimmungen der Notverordnung sei unerlässlich, müsse aber im Augenblick hinter der dringenden Notwendigkeit zurücktreten, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der nunmehr eingeleiteten Tributrevision zu schaffen.

Kabinet Macdonald gefährdet?

Gespannte parlamentarische Lage in England

London, 16. Juni.

Das liberale Organ „Daily Chronicle“ schreibt, die politische Lage habe gestern eine ernste Wendung genommen. Wenn nicht eine Entspannung in letzter Minute erfolge, scheint eine Regierungsniederlage im Unterhause anlässlich des liberalen Abänderungsantrages für die Grundsteuererhöhungen unvermeidlich zu sein. Es verlautet, daß das Kabinett dies als ein Mißtrauensvotum ansehen und an das Land appellieren werde. Eine Anzahl von Ministern, schreibt das Blatt weiter, vertrete die Ansicht, daß die liberalen Forderungen voll gerechtfertigt seien. Snowden allein stehe einer Vereinbarung im Wege. Heute früh sei das Gerücht aufgetaucht, daß der Schahkanzler dem Druck seiner Kollegen nachgeben oder zurücktreten würde.

In der gestrigen Kabinettsitzung, die sich bis nach Mitternacht hinzieht, wurden die Besuche fortgesetzt, eine Einigung über den liberalen Antrag zur Einengung der Grundsteuer zu erzielen. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden. Heute vormittag wird indes eine neue Sitzung stattfinden. Den Blättern zufolge soll im Kabinett bei seiner gestrigen Sitzung um Mitternacht ein neuer liberaler Abänderungsantrag vorgelegen haben, der der Regierung wesentliche Zugeständnisse macht. Wie „Daily Telegraph“ meldet, seien auch einige Regierungsmitglieder für die Annahme des neuen liberalen Vorschlages gewesen. Schahkanzler Snowden habe sich jedoch dagegen ausgesprochen.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ hat die Regierung die drei Minister, die gegenwärtig in Genf weilen, erucht, sich bereitzuhalten, um gegebenenfalls zur Abstimmung im Flugzeug nach London zurückzukehren. Man ist in hiesigen Kreisen der Ansicht, daß, wenn die Versuche, die Klust zu überbrücken, fehlschlagen, und die Regierung heute eine Niederlage erleidet, unverzüglich Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Amerikas Haltung in der Schuldenfrage

Newyork, 16. Juni.

„Gerald Tribune“ schreibt in einem Leitartikel über die bekannte Äußerung des Unterstaatssekretärs Castle, es könne für Amerika die Möglichkeit einer Verringerung seiner internationalen Schuldenpolitik eintreten, diese Äußerung komme nicht überraschend, denn die Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der Kriegsschulden sei von Anfang an entgegenkommend gewesen und habe der Zahlungsfähigkeit der Schuldner Rechnung getragen. Den gleichen unvoreingenommenen Standpunkt nehme gegenwärtig auch die Regierung ein, denn die Zahlungsfähigkeit hänge offenbar von der Wirtschaftslage ab und die nachgewiesenen empfindlichen Verschlechterungen der Wirtschaftslage lege die Neuverhandlung der Schuldenabkommensfrage nahe.

Castle legte, schreibt das Blatt weiter, Nachdruck darauf, daß das Staatsdepartement von dem Vorhandensein der Notwendigkeit einer Revision keine Mitteilung erhielt, aber eine derartige Möglichkeit sei offenbar der Anlaß für die gegenwärtige europäische Stimmung gewesen. Castles Erklärung dürfte daher als ein Versuch aufgefaßt werden, der Willson Simons eine sympathische Note zu geben. Die irreführende Auffassung von dem „Onkel Sam“ als einem „Onkel Schluck“ müsse verschwinden, wenn der Staatssekretär bei seiner Untersuchung der finanzpolitischen Probleme Europas einen Fortschritt machen solle. Dies sei alles, was der Äußerung Castles entnommen werden kann. Sie enthalte nichts, was im entferntesten die Befürchtung von einer Streichung der Schulden oder zu der Fehlschuldigung der Unbeständigkeit in der bisherigen Haltung

zur Kriegsschuldenfrage rechtfertigen könnte. Die Gültigkeit der Schuldenabkommen, schließt „Gerald Tribune“, besteht weiter, auch wenn wir wiederholen, daß wir nicht willens sind, unsere Schuldner zu vernichten, während wir die Schuldbeträge einziehen.

Die österreichischen Anleiheverhandlungen in Paris

Paris, 16. Juni.

Gestern nachmittag fand eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Dollfuß, Finanzminister Glandin und dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, statt, in der die Finanzlage Österreichs erörtert wurde. Wie der „Matin“ berichtet, soll im Verlaufe des heute vormittag stattfindenden Ministerrats die Möglichkeit geprüft werden, daß Frankreich und der französische Finanzmarkt Österreich unter gewissen Garantien Anleihen und Vorschüsse gewähren. Die Bank für Internationale Zahlungen habe kürzlich Österreich einen ersten Kredit von 100 Millionen Schilling gewährt. Inzwischen habe die österreichische Regierung dringlich einen neuen Kredit von 100 Millionen Schilling angefordert. Als die Internationale Zahlungsbank nun in Paris nachtrage, habe sie erfahren, daß auch in Paris Schritte zur Auslösung von 100 Millionen Schilling österreichischer Schahanzweisungen unternommen worden seien. Falls nun in Paris eine günstige Regelung zustande komme, würden sich die Österreich zu gewöhnlichen Vorschüssen und Anleihen auf insgesamt 200 Millionen Schilling belaufen. An den Verhandlungen nahmen natürlich Newyork und London aktiver teil.

Die Antwort an Polen

Zurückweisung fremder Einmischung gegenüber privaten Verbänden.

Die deutsche Regierung hat am Sonnabend dem polnischen Gesandten in Berlin die Antwort auf die polnische Note wegen der Stahlhelmunbedugung in Breslau überreicht. In der Note wird darauf hingewiesen, daß der Stahlhelm eine private Vereinigung sei und deren Veranaltungen keinerlei amtlichen Charakter tragen.

Die deutsche Regierung wane deshalb auch nicht anerkennen, daß eine fremde Regierung Einfluß auf deutsche Verbände gegenüber privaten Verbänden zu nehmen versuche und müsse die zuständigen Stellen darauf hinweisen, daß die Kundgebungen des polnischen Unabhängigen Verbandes viel mehr die Verbindungen zwischen beiden Verbänden hies als die deutsche Kundgebung. Nach am 3. d. M. hatte eine große Kundgebung des Unabhängigenverbandes stattgefunden, an der amtliche Persönlichkeiten und reguläre Truppen teilgenommen haben.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Vorwiegend heiter. Tags sehr warm. Schwache bis mäßige südöstliche bis südwestliche Winde.

Die Tagung der Bankbeamten

Dr. Syrup über die Probleme des Arbeitsmarktes

Dresden, 16. Juni.

Am Montag hielt der Deutsche Bankbeamtenverein in Dresden seine 20. ordentliche Hauptversammlung ab. Ihr wohnten zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Dresden und besonderer Organisationen bei. Nach den Begrüßungsworten des Aufsichtsvorsitzenden Wendel nahm Innenminister Richter für die sächsische Staatsregierung das Wort; er würdigte die sozialen Leistungen des Verbandes und sprach von den Maßnahmen der Regierung zur Lösung des Arbeitslosenproblems, die aber nicht durch behördliche Schritte möglich sei. Doch der Erfolg der Rotverordnung stehe in keinem Verhältnis zu den Opfern. Ministerialrat Gotschmidt überbrachte die Grüße des Reichsarbeitsministers, Oberbürgermeister Dr. Kützle der Stadt Dresden. Nach Erlattung des Geschäfts- und Klassenberichts behandelte in einem großangelegten Vortrag der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup die

Probleme des Arbeitsmarktes.

Er ging aus von der Weltwirtschaftskrise und ihren Ursachen sowie von den starken Störungen der deutschen Wirtschaft durch das Verfall der Diktat, Inflation, Kriegslasten und Kapitalmangel und sah in der Verschlechterung des Arbeitsmarktes und der starken Arbeitslosigkeit die schlimmste Kriegsfolge. Der Redner untersuchte dann die besonderen Maßnahmen, mit denen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen werden könne. Man dürfe die Auswirkung einer gesetzlichen Höchstarbeitszeit von 40 Stunden nicht überschätzen. Eine Subventionspolitik privater Unternehmer lehnte der Redner ab, dagegen sei eine Hilfe für den Kohlenbergbau möglich. Von der Arbeitsdienstpflicht will Dr. Syrup nichts wissen, den freiwilligen Arbeitsdienst dagegen halte

er für einen guten Gedanken. Beiden Enden aber werde das Problem der Arbeitslosigkeit nur durch eine gesunde Wirtschaft- und Finanzpolitik gemeinert. Zum Schluß sprach der Redner auf die Rotverordnung zu sprechen. Die auf alle Volksschichten gelegten schweren Opfer seien vergeblich, wenn nicht eine fühlbare Erleichterung der Kriegslasten einträte und Europa und Amerika an Deutschlands Rettung dächten, damit die europäische Kultur nicht untergehe.

Hierauf wurden die Regularien erledigt. Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Entschlüssen. An Reichsregierung und Reichstag wurde die Aufforderung gerichtet, alle Mittel zu ergreifen, um eine baldige Revision der Tributlasten herbeizuführen. Gegen die neue Rotverordnung wurde protestiert. An das Reichsarbeitsministerium wurde dahin appelliert, die öffentlich-rechtlichen Bankinstitute aus der Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsgesetzes nicht herauszulassen. Die unredlich-terweise erfolgte Tarifsenkung müsse bei nächster Gelegenheit wieder beseitigt werden. Die Verschmelzung des Beamtenfürsorgevereins der früheren Deutschen Bank mit dem Beamtenfürsorgeverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wurde gebilligt und an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Bitte gerichtet, dem im Reichstag vorliegenden Antrag auf Änderung des § 163 des Angestelltenversicherungs-gesetzes zu entsprechen. Weitere Entschlüssen richteten sich gegen weiteren Personalabbau und verlangten Schutz für die älteren Angestellten, weiteren Mieterschutz und Senkung der Mieten sowie die Erledigung des Wohnheimstätten-Gesetzes. Ferner wurden gefordert volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen, Wiederaufhebung der Rechtsanwalts als Parteivertreter vor den Arbeitsgerichten sowie Stellungnahme der zuständigen Körperschaften zu den Schädigungsversuchen durch gegnerische Verbände des D. V. V.

Die Dresdner Zentrumsanhänger

beteiligten sich am heutigen Dienstag, 20 Uhr, geschlossen an der Versammlung im Saale des Kolpinghauses, Rauscherstraße 4. Der Vertreter der Zentrumspartei im Reichstag, Reichstagsabgeordneter Dr. Böckel (Berlin), spricht über die neue Rotverordnung der Reichsregierung. Außerdem wird Stadtdirektor A. Müller das Wort ergreifen; weiter wird das Ergebnis der Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei, die am 14. Juni in Hildesheim stattgefunden hat, besprochen werden.

bauerlich, daß ernsthafte Leute die Vorgänge in der Kreuzschule zum Ausgangspunkt von Anträgen machten. Für einen den Menschen sei es gar kein Zweifel, daß das, was in der Kreuzschule vollführt worden sei, eine Notwendigkeit gewesen sei. Die Mitgliederversammlung sei ordnungsgemäß einberufen und eröffnet worden. Bei dem starken Andrang sei es aber Pflicht des Versammlungsleiters gewesen, die Versammlung in einen größeren Raum zu verlegen, wo ein ordnungsgemäßer Verlauf gewährleistet sei. Wenn dann 200 durch nichts legitimierte Menschen sich unter Zuhilfenahme eines Rotars als die Mitgliederversammlung betrachteten, so dürfe das nicht der Anlaß zu einem Antrag sein, der Volkshochschule die Mittel erst nach Feststellung des Regiererrichters zur Verfügung zu stellen. Zum Schluß machte Dr. Kützle darauf aufmerksam, daß eine eintägige Feststellungshilfe, die wahrscheinlich vor drei Monaten ausgefodert werden müsse, die Volkshochschule inzwischen schwer schädigen könnte.

Stv. Dr. Klug (Haindorf) entgegnete, es sei nachweisbar, daß schon Tage vorher ein zweiter Saal unter der Hand gemietet worden und am Tage der Versammlung voll besetzt worden sei. Das Gericht werde zu entscheiden haben, ob die Mitglieder der ordnungsmäßig einberufenen Versammlung das Recht hätten, sich ohne Anwesenheit des Vorsitzenden zu konstituieren.

Stv. Finsterbusch (Zoo) erklärte, die Nationalsozialisten hätten die Mitgliedschaft der Volkshochschule ermorben, um diese zu unterminieren. Einzelne der sich Anmeldeenden hätten auf Befragen offen zugewinkt, daß die Kosten für die Mitgliedschaft von der NSDAP getragen würden.

Oberbürgermeister Dr. Kützle betonte erneut, daß bei der ganzen Angelegenheit nichts Ordnungswidrigen vorgekommen sei. Er habe gewünscht, daß die Möglichkeit zu Spannungen und Auseinandersetzungen bestanden, und habe deshalb die Verlegung durchgeführt, die der glatten Abwicklung ohne Benachteiligung für irgendjemanden dienen sollte.

In der Abstimmung wurden die 21 Konten des Schulrats im wesentlichen nach den Vorschlägen des Finanzauschusses verabschiedet. Angenommen wurde der Antrag Elschner zur Volkshochschule, doch ohne die erwähnte Bedingung, weiter die Anträge Sattler, die Erhöhung bei den Vermitteln und Schulwanderungen abzulehnen.

Nach einer großen Anzahl kommunistischer Anträge, die zum Teil der Ablehnung verfallen, wird zu den Konten Kranz, Krenhäuser usw. Schluß der Aussprache beschlossen, was die Kommunisten zu wüsten Schimpereien veranlaßt. Die Konten Rat und Stadtdirektor werden gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen, der Beitrag zu den Kosten der staatlichen Ordnungspolizei gegen die Stimmen beider Linksparteien. Zugestimmt wird schließlich noch einem Antrag des Stv. Dr. Edelmann (Kontl.), 18.000 M. für die Stelle des Vorstandes des Gesundheitsamtes einzusparen. Einem Antrag des Stv. Vertheilend entgegnet, wird gegen 23.30 Uhr beschlossen, die Sitzung abzubrechen. — Die Weiterberatung des Haushaltes erfolgt am Donnerstag 20 Uhr; der öffentlichen Sitzung geht eine Ausschüttung voraus.

Deutschnationaler Führerwechsel in Ostschon

Am Sonnabend wurde in einer Vertretertagung der Deutschnationalen Volkspartei Ostschon General der Infanterie a. D. Böllwirth zum Vorsitzenden gewählt. Der frühere Vorsitzende, Rittergutsbesitzer von Pätzschau, hatte den Posten niedergelegt. General Wollwirth war früher Kommandeur der 4. Division in Dresden.

Es wird vermutet, daß der Rücktritt des Herrn von Pätzschau vom Parteivorstand zurückzuführen ist auf die Anträge, die gegen ihn aus den Reihen seiner Parteimitglieder in der letzten Zeit gerichtet worden sind. Namentlich sei ihm vorgeworfen worden, daß er gegenüber der Regierung Zeichen eines allzu freundlichen Haltungen eingenommen und die deutschnationalen Landtagsabgeordneten in diesem Sinne beeinflusst hätte.

Einzelberatung des Dresdner Stabs

Debatten um die Vorgänge bei der Versammlung der Volkshochschule

Dresden, 16. Juni.

Der ausführlichen Debatte über den städtischen Haushaltsplan am letzten Donnerstag folgte in der gestrigen Sitzung der Stadtdirektor die Einzelberatung der zahlreichen Konten des Stabs. Bei sachlicher Mitarbeit aller im Kollegium vertretenen Parteien hätte die Einzelberatung zu Ende geführt werden können, doch die Kommunisten wählten durch unruhige Redereien die Beratung so in die Länge zu ziehen, daß noch eine weitere Sitzung am kommenden Donnerstag notwendig sein wird, um die Einzelberatung zu Ende zu führen. Jedes Konto des Stabs, auch das nebenstehende, griffen die Kommunisten an, verlangten Bericht und ergriffen auch in der Aussprache dauernd das Wort. Zum Glück hatte das Kollegium gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten einem Antrag zugestimmt, der die jeweilige Redezeit für die Einzelberatung des Haushaltsplanes auf eine Viertelstunde beschränkte.

Eine ernsthafte Debatte entstand bei der Beratung des Schulrats, wo die Vorgänge bei der Hauptversammlung der Volkshochschule am letzten Freitag zur Sprache kamen. Oberbürgermeister Dr. Kützle legte die Gründe ausführlich dar, die zur Verlegung der Versammlung ins Kolpinghaus geführt hatten, während die Nationalsozialisten gegen die Argumente Dr. Kützle polemisierten. Wahrscheinlich wird das Gericht sich mit der Klärung der Sache zu befassen haben.

Zu Beginn der Sitzung standen die Anträge: den Beitrag von 11.500 M. für die Freiwillige Feuerwehr zu streichen, und die Forderung der kommunalen Toten-

bestattung zur Debatte. Beide Anträge, von der Linken gestellt, wurden abgelehnt. Neben zahlreichen anderen Konten wurde dann die Feuerkasse zur Verabschiedung, die entsprechende des Vorschlags des Rates erhoben werden soll.

Für eine weitere Einschränkung des Wohnungsamtes siehe Stv. Ulrich (Handw.) ein. Ein kommunistischer Antrag, die Mietsteuer voll zum Wohnungsbau zu verwenden, fand Annahme.

Das städtische Schulwesen

umfaßt 24 Konten des Haushaltsplanes. Der Ausschuss hat einige Forderungen beantragt. Gegen kommunistische Anträge, die weitere Einstellungen verlangen, wandte sich Stv. Sattler (D. Vp.), der auf die notwendige Sparsamkeit hinwies. — Beisitzer Elchus (Stp.) lehnte sich für unveränderte Annahme der Rotvorschlüsse ein. — Stv. Elschner (D. Vp.) beantragte die vom Ausschuss vorgesehene Erhöhung des städtischen

Beitrages für die Volkshochschule

und den Verein für Förderung gymnastischer Körperbildung von 51.200 M. auf zusammen 61.300 M. abzulehnen. Die Volkshochschule solle in ihrer Arbeit nicht behindert werden, aber angesichts ihres ideellen Grundprinzips könnte namentlich bei den Gehältern gespart werden. Im übrigen beantragte der Redner, die Auszahlung des vorgesehene Beitrages von einer vom Regiererrichter als ordnungsgemäß anerkannten Generalversammlung abhängig zu machen.

Oberbürgermeister Dr. Kützle

erklärte, daß der Antrag Elschner mit seiner Bedingung die Arbeit der Volkshochschule noch behindern würde. Es sei be-

Wissen und Hypothese in der Astronomie

Der katholische Akademiker-Ausschuss Leipzigs (A. V. B.) veranstaltet in diesem Semester in Gemeinschaft mit dem Verband der katholischen Akademiker an der Leipziger Universität drei Abende. Am ersten sprach Universitäts-Prof. Dr. Hopmann, der Direktor der Leipziger Sternwarte, über „Wissen und Hypothese in der Astronomie“, am zweiten Abend, am 1. Juli, wird Hochschullehrer Dr. P. Lehmann anlässlich der 1500-Jahrfeier des Konzils von Ephesus über „Die Person Christi“ sprechen und am 8. Juli Prof. Dr. F. R. Suter über „Die Rabonnenbilder auf dem Berge Athos“ (mit Lichtbildern).

Es war seit langem das erstemal, daß man einen Naturwissenschaftler eingeladen hatte, und es zeigte sich die merkwürdige Tatsache, daß dieser Mann der modernen Wissenschaft sich rückhaltlos, unumwundener innerhalb seines Vortrages zum Katholizismus bekannte als dies irgendein Redner vor ihm an dieser Stelle getan hatte. Er begann mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung des Katholiken mit den Forschungsergebnissen der Naturwissenschaften und endete mit dem Bekenntnis, das gerade in dem Munde des Astronomen einen besonderen Klang erhielt: Erredo in unum Deum. — Seinen Ausführungen dankte anhaltender Beifall.

Prof. Hopmann sprach zunächst von den rein wissenschaftlichen, exakten Beobachtungen auf dem Gebiete der Astronomie, ging dann zu den wissenschaftlich fundierten Hypothesen über und schloß mit der Behandlung der weltanschaulichen Fragen. — In dem ersten Teile gab er einen fesselnden Überblick über die Tätigkeit und das Arbeitsgebiet des Astronomen. So umfassend dieser Überblick war, so oberflächlich mußte er leider auch bleiben wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit. Staunend hörte man, daß die jeweiligen Zeitangaben bis auf 1/100 Sekunden genau bestimmt sind, daß der Standort der Meßinstrumente, deren Kompliziertheit vorzügliche Lichtbilder zeigten, bis auf 2 Meter genau auf der Erdoberfläche angegeben wird. Man erfährt, mit wie großer Sicherheit die Größe und Helligkeit der Sterne, ihre Temperatur und chemische Zusammensetzung ermittelt wird, daß es ferne Sonnen gibt, die 10.000-mal heller strahlen als die unsere und auch entsprechend größer sind und daß die letzten für uns sichtbaren Objekte im Welten-

raume sich in einer Entfernung von 200 Millionen Lichtjahren von unserer Erde befinden (wobei ein Lichtjahr bekanntlich die ungeheure Strecke darstellt, die ein Lichtstrahl im Verlaufe eines Erdenjahres durchläuft).

Unwiderlich drängt sich einem da die Frage auf: Ist dort der Weltraum zu Ende oder ist das Weltall unendlich? Noch im Jahre 1924 glaubte man an die Unendlichkeit des Alls, seitdem aber ist man gegenteiliger Meinung geworden. Man sagt heute: Das Universum ist ein endlicher, aber unbegrenzter Raum. (Zur Veranschaulichung dieser Begriffe denke man, daß auch unsere Erde ein endlicher Körper ist, daß man ihn aber bewandern kann, ohne jemals an Grenzen zu stoßen.) Auch die Hypothese von der Bewohnbarkeit der Planeten, besonders des Mars und der Venus, hat sich nicht halten lassen; die „Marskanäle“ haben sich in den letzten Jahren als optische Täuschung erwiesen. Daß aber auf den Fixsternen oder gar auf dem Monde, wo die Temperatur zwischen +150 Grad und -100 Grad schwankt, keine Lebewesen existieren können, stand schon vor dem fest. Interessant ist, daß es auch für die Frage nach der Schöpfung bzw. Entstehung des All oder auch nur unseres Sonnensystems heute keine anerkannte, unangefochtene Hypothese mehr gibt. Wir blicken da lediglich auf ein Trümmerfeld von Theorien. Was wir tatsächlich darüber wissen, ist nur ein Tropfen im Meer der Erkenntnis. In diesem Zusammenhange hat Prof. Hopmann auf Einsteins Relativitätstheorie zu sprechen, die seit 1905 manche Wandlung erfahren hat, in ihrer heutigen Gestalt aber von allen Physikern und Astronomen als eine Selbstverständlichkeit angenommen wird. In aller nächster Zeit jedoch wird der Streit darum von neuem beginnen, da jüngst in Potsdam angestellte Beobachtungen sie zu widerlegen scheinen. Prof. Hopmann bedauerte im Anschluß daran unendlich, daß zur Klärung des Verhältnisses der Relativitätstheorie zur Religion von katholischer Seite so ungenügend wenig getan wurde. Nur drei Männer wußte er in Deutschland zu nennen, die sich mit dieser Frage befaßten und, was unbedingte Voraussetzung ist, die nötigen Vorkenntnisse dazu besitzen. Wie leicht er durch einige Zitate aus seinem Werke, in denen die Begriffe Zeit, Raum und Materie durchaus modern gefaßt sind.

Was die Frage nach dem Schöpfer des Universums anlangt, so hat sich hier ebenso wie in der Frage nach der Endlichkeit des Alls in den letzten zehn Jahren allseits geändert. Während Gott in den naturwissenschaftlichen Büchern früher verpönt

war, beginnt er heute darin wieder eine Rolle zu spielen. Man hat das Bedürfnis, eine Erklärung zu finden, die Theopis als letztes Stadium genügt nicht mehr und die landläufige Philosophie kann diesen metaphysischen Drang nicht mehr befriedigen. Der Wissenschaftler steht hier nach all seinen Vorarbeiten wie der Kater vor einem großen Fragezeichen. Auch der laienmäßige Gottesbeweis ist nicht mehr gültig, der da sagte, daß die Ordnung und Schönheit im All schon allein ein höheres Wesen voraussetze, denn es hat sich gezeigt, daß der Zufall im All eine sehr große Rolle spielt, besonders unter den Fixsternen. Hier ist eben menschlichem Denken eine Grenze gezogen, hier hat der Glaube einzusetzen. Mit Stolz wies Prof. Hopmann darauf hin, daß noch kein großer Astronom ein Gottesbeweis gegeben sei. Angefangen mit Kopernikus, Kepler, Newton, Gauß läßt sich diese Reihe bis in die Moderne fortsetzen. Darum darf man wohl mit einigem Recht dem großen Kampfe auf kulturellem Gebiete, der bald entbrennen wird, nicht allzu pessimistisch entgegensehen. Alfred Pantke.

Paula Doenges †. In Langenbrück bei Dresden ist die einst berühmte Kammerlängerin Paula Doenges gestorben. Sie war 1874 in Leipzig geboren, studierte am dortigen Konservatorium und wurde früh ans dortige Stadttheater berufen. Sie hatte gleich in ihrer ersten Rolle als „Ariadne“ einen großen Erfolg. In späteren Jahren ging sie ins hochdramatische Fach über und errang namentlich als Wagnerlängerin (Elisabeth, Sieglinde und Isolde) größte Anerkennung. Sie gastierte in vielen Orten und wurde 1905 nach Frankfurt a. M. berufen, wo sie bis 1912 als Primadonna wirkte. Seitdem lebte sie im Ruhestand. Mit ihr ist eine der ausgezeichnetsten Sängerinnen der deutschen Bühne dahingegangen.

„Jedermann-Festspiele“ in Haindorf i. B. In dem alten, zahlreichen Sommergärten gut bekannten deutschen Städtchen Haindorf im Bezirk Friedland i. B. finden, wie schon kurz berichtet, während des ganzen Monats Juli die „Jedermann-Festspiele“ statt. Die Vorbereitungen für die Aufführungen des „Spieles vom Sterben des reichen Mannes“ sind in vollem Gange und erste Bühnenkräfte führender deutscher Theater gewonnen. Preis der Sitzplätze 5,20, 3,90 und 2,60 RM. Der Kartenverkauf wurde in Dresden dem Internationalen Eppeh-Reisendienst G. m. b. H., Johannstraße 3, in der Dresdner Bank übertragen. Auskunft und Prospekt kostenlos da-gegen erhältlich.

Notizen

Reventlow gegen die katholische Aktion.

Die gesamte katholische Welt hat mit Entrüstung von den bedauerlichen katholischen Feindschaften und Maßnahmen des Faschismus gegen die katholische Aktion in Italien Kenntnis genommen. Diese Ausfälle gegen katholische Studenten, gegen katholische Einrichtungen und Organisationen, ja sogar gegen Kardinal und den hl. Vater selbst fanden in der deutschen Presse fast aller Schattierungen eine Ablehnung. Anders urteilt über diese, für jeden Katholiken bedauerlichen Vorhommnisse der nationalsozialistische Schriftleiter, Reichstagsabgeordnete und Kulturpolitiker Graf zu Reventlow. Er findet diese Ausfälle ganz in Ordnung! Er verteidigt und billigt die faschistischen Übergriffe in Italien. In seiner Reichstagsausgabe vom 6. Juni schreibt er einen Leitartikel, den er betitelt „Ruffolini und Papi“. Dieser Artikel behandelt mit einer großen Freude und mit einem großen Vergnügen die faschistischen Ausschreitungen gegen die Katholiken in Italien. U. a. schreibt er:

„Die Parallele zu Spanien liegt (in den italienischen Ereignissen. D. R.) zutage, und es geht nicht an, alle diese Erscheinungen auf Volksevidenzen und Freimaurer zurückzuführen. Gerade, daß solches in faschistischen Italien geschieht, bildet den besten Gegenbeweis. Letzten Endes handelt es sich eben doch um die Aufhebung des nationalen und völkischen Gedankens gegen den kirchlichen Herrschaftsgedanken und um den unaufhaltsamen Niedergang des Ansehens der kirchlichen Religionsformen.“ — Das ist eine recht offene Sprache, die der nationalsozialistische Herr Graf da zum Ausdruck bringt. Man bekommt fast den Eindruck, als ob der Religionshaß und die Kirchenfeindschaft des Volksevidenzes diesen nationalsozialistischen Kulturpolitiker neidisch machten. Ja sogar, er sagt es mit Stolz, daß nicht etwa der Volksevidenz hervorgerufen, sondern mit diesen beiden kirchenfeindlichen Organisationen auch der Faschismus, welchem Ziel die Arbeit des Herrn Grafen Reventlow und seiner nationalsozialistischen Freunde gewidmet ist.

Diese Art, wie der nationalsozialistische Herr Reichstagsabgeordnete Kirchenverfolgungen verteidigt und billigt, steht auch im glatten Widerspruch zur wörtlichen Auslegung des nationalsozialistischen Programms. Oder sollte dies die Erklärung des Verbots und Unterdrückungsmaßes des Punktes 24 des Programms der Nationalsozialisten sein? Wir können nichts anderes annehmen. Denn der Herr Graf will nicht einmal bis zum Anbruch des „Dritten Reiches“ warten, um seinen Katholikenhaß zu entladen, er fordert bereits heute schon recht drakonische Maßnahmen gegen die katholische Kirche in Deutschland. Er formuliert dies in einem Schlußsatz seines Leitartikels wie folgt:

„Uns will scheinen, daß die katholische Aktion ihrerseits auch in Deutschland zu einem einzigen unzertrüglischen Übergriff geworden ist.“

Was hat bei solcher Einstellung im „Dritten Reich“ der Programmpunkt 24, der vom Schutz der religiösen Bekenntnisse spricht, noch an Bedeutung? Wir glauben die gleiche wie im bolschewistischen Ausland das Motto — Trennung von Staat und Kirche! — Oder mit anderen Worten eine ungeheure, brutale und rücksichtslose Unterdrückung des katholischen und christlichen Glaubenslebens. Es ist nur gut, daß der Nationalsozialismus den deutschen Katholiken noch zu rechter Stunde zeigt, welcher nationale Kulturvolkschismus im „Dritten Reich“ herrschen würde, wenn Leute wie Graf Reventlow zu kommandieren hätten!

General und Korporal.

Der Fürst von Monaco, Louis II., am 12. Juli 1870 in Baden-Baden geboren und Nachfolger seines Vaters, des Fürsten Albert I., wurde vom Oberst des 1. Fremdenregiments in Sidi-bel-Abbes, zum Ehren-Korporal ernannt. Der Fürst hat ebendies in dem Regiment gedient und sich dadurch diese Ehre erworben. Es heißt außerdem, der Fürst sei französischer General. So hat er zwei Charaktere inne, und er teilt diesen Vorzug mit Napoleon, der für die alten Grenadiere der Kleinen Korporal war — die Legende jedenfalls hat hier bekanntlich kräftig nachgeholfen.

Fürst, General und Ehren-Korporal ist nicht wenig. Seit dem Vertrag vom 17. September 1918 ist für das Fürstentum zum Abschluß von Verträgen und zur Regelung von Thronfolge und Regentchaft die französische Zustimmung nötig. Es scheint, daß die Franzosen dem Fürsten von Monaco jenen Vertrag nicht stark fühlbar machen, sondern jede Gelegenheit benützen, um dem Oberbefehlshaber einer Armee von 3 Offizieren und 71 Mann Beweise der Höflichkeit zu geben.

Erstaufführung hervorhoben, ernsthaft, bezagt und populär wissenschaftlich behandelt ist.

„Hä-Falast, hinter dem Titel „Der Mann, der seinen Würde sucht“ könnte man irgend eine Schauermaid vermuten, es handelt sich aber um eine Grotteske, die, als sommerliche Kost bewertet, ganz nett unterhält: Ein lebensüberdrüssiger junger Mann hat einen Verbrecher kontraktlich verpflichtet, ihn umzubringen, läuft unter den komischsten Umständen hinter diesem gedungenen Mörder her, bis — doch das zu verraten, hieße dem Ganzen die Wirkung nehmen. Hervorgehoben werden muß, daß die Regie einfallreich arbeitet, wenn auch im Anfang das nötige Tempo vermisst wird. Die musikalische Unternehmung Friedrich Holländers bringt die Grotteske noch besonders zur Geltung. Der Mann, der seinen Würde sucht, ist Heinz Kühmann, dessen nie aufdringliche Komik an Buster Keaton erinnert. Neben ihm Len Deyers, H. Janitschek — eine ausgezeichnete Verbrechertypen — S. Spielmann und Liebelt.

Prinz-Theater. Der Tonfilm „Das lockende Ziel“ hat schon bei seiner Dresdener Erstaufführung großen Erfolg gehabt. Richard Tauber zeichnet lebensecht den einfachen Landmannchen, den die Natur mit einer herrlichen Stimme ausgestattet hat, die er in der Kirche in den Dienst des Höchsten stellt, beim Feiern mit Volksgenossen die Gemüter der Dorfbesohner erheitert. Großstädter entdecken sein Talent, bringen ihn in die Reichshauptstadt, aus dem schlichten Bauernsohn wird der große, vielumjubelte Sänger, das Ziel scheint erreicht, doch noch ist er zu sehr mit der Heimat verkettert. Ueber Enttäuschungen hinweg führt ihn der Weg ganz zur Kunst. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß Richard Taubers große Kunst — auch in der Darstellung — den Tonfilm zu einem Erlebnis werden läßt.

Vossenspiele von Pucci auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung. Am Mittwoch, 17. Juni, finden um 18 und um 20 Uhr in der Gruppe Landwirtschaft auf dem freien Platz an der Gaststätte „Im Krug zum grünen Kranz“ Vossenspiele von Pucci statt, bei denen zwei Damen und drei Herren mitwirken unter Spielleitung von Anne Schönstedt. Ein besonderes Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Die Spiele wurden bereits vor zwei Jahren auf der Wanderbühne der Jahreschau „Reisen und Wandern“ mit großem Erfolg aufgeführt.

Das heimgesuchte Mittelfachjen

Neue schwere Unwetterchäden

Zwickau. Am Montag früh trat in Zwickau und Umgebung erneut ein Unwetter auf. Mit starkem Gewitter war ein orkanartiger Sturm verbunden, der in Stadt und Land großen Schaden anrichtete. Starke Bäume wurden entwurzelt und hinderten auf einigen Straßen den Verkehr. Obstbäume wurden 3. T. reihenweise umgelegt. In einem Fabrikgrundstück in der Lindenstraße wurde der

30 Meter hohe Schornstein in Haushöhe weggerissen und bei dem Einsturz am Fabrikgebäude großer Schaden verursacht. Wolkenbruchartiger Regen brachte innerhalb von 16 Minuten 38 Millimeter Niederschlag. Infolgedessen trat

Hochwasser der Bäche ein. Einige Straßen mußten abgeperrt werden. In Plauen veranlaßten sich die Wassermassen auf den abschüssigen Straßen in einen reichenden Strom. Vieles trat Ueberflutungen ein. Wiesen wurden verschlammmt und das Getreide niedergelegt, so daß auch in der Landwirtschaft schwerer Schaden entstanden ist. Die Höhe des Gesamtschadens läßt sich noch nicht annähernd überschauen. Die Feuerwehr wurde in Zwickau in nicht weniger als 30 Fällen zu Hilfeleistungen gerufen.

Chemnitz. Montag nacht ging über Chemnitz und Umgebung ein schweres Gewitter nieder, das mit wolkenbruchartigen Regen- und Hagelschauern verbunden war. In vielen Stadtvierteln wurden die Keller unter Wasser gesetzt. In den Parkanlagen und auf den Feldern wurde insbesondere auch durch den Sturm großer Schaden angerichtet. An Straßen und Plätzen in Chemnitz wurden zahlreiche Bäume umgelegt, so daß der Straßenverkehr noch in den späten Vormittagsstunden stark behindert war.

Glauchau. In der Montagnacht ging hier ein schweres Unwetter nieder, das von einer heftigen, fast eine halbe Stunde dauernden Hagel- und starken Regenböe begleitet war. In Steinberg wurden in der Werkstraße

zahllose Fenster Scheiben zertrümmert. Bei der Firma Kunath-Mechanik (Zärberei) wurde durch den Sturm

das Dach vollständig abgedeckt, so daß der Betrieb nicht wieder aufgenommen werden konnte. Im Gebäude des Besitzers Paul Wörner wurde ebenfalls das Dach vollständig abgedeckt. Auch aus der weiteren Umgebung (Hohenstein-Ernstthal, Waldenburg usw.) wird Bericht über dieses heftige Unwetter berichtet.

Rohrweil. Am Montag früh kurz nach Mitternacht ging hier ein schweres Gewitter mit Hagelschlag nieder, der auf den Ähren und an Gebäuden schweren Schaden anrichtete. An der Rohrweiner Stadtkirche wurden 106 Fensterscheiben zertrümmert.

„Zahlen aus Oldenburg“

Angriffe des „Nationalismus“.

Es war hier verschiedentlich auf die Oldenburger Wahlergebnisse und besonders (so in Nr. 121 und 131) auf die diebezügliche merkwürdige Wahl-Arithmetik der Deutschen Nationalen hingewiesen worden. In den deutsch-nationalen Welt nicht der rechtgerichtete Politiker Dr. Rodemacher durch seinen Aufsatz „Zahlen aus Oldenburg“ Wasser. (Leipzig, Abendpost Nr. 133.) Er berücksichtigt die Wahlbeteiligung jetzt und zur Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 und kommt zu dem Ergebnis, daß „jugendlichen haben: die Nationalsozialisten um 32 Prozent, und die Kommunisten um 41 Prozent wobei zu bemerken ist, daß diese letzte Ziffer in der Öffentlichkeit nicht diejenige Beachtung gefunden hat, die sie verdient.“ (Hier in der Sächsischen Volkszeitung war in Nr. 112 ausdrücklich auf den kommunistischen Zuwachs aufmerksam gemacht worden). „Unverändert geblieben ist das Zentrum, dessen Stimmrückgang ziemlich genau dem Rückgang der Wahlbeteiligung entspricht.“ Eine sehr erhellende Feststellung, vollends im Hinblick auf die wilden Angriffe gegen das Zentrum! Unsere Partei hat also in Oldenburg nicht nur ihre 9 Abgeordnetenliste behauptet, sondern in Berücksichtigung der allgemeinen Wahlbeteiligung sogar seine Stimmenzahl; das sagt nicht ein Zentrumsanhänger, sondern ein Rechtspolitiker! Nach Dr. Rodemacher „hat der Nationalsozialismus seine Verdrängung zu 1/4 (fünf Sechsteln) aus den bürgerlichen Gruppen und zu 1/5 von den Marxisten bezogen“. Das hören die Nationalsozialisten nicht gern; aber Zahlen sind unerschütterlich; Rodemacher sagt: „Man wird bei nüchternen Betrachtung zugeben müssen, daß diese Prozentzahl die zum Teil

Strodorf. Bei dem Unwet am Montag früh wurden hier mehrlach Bäume umgebrochen. Vielesch drang das Wasser in die Kellergeschosse der tiefergelegenen Häuser ein. Auf den Feldern richt es schlimm aus. Namentlich an Abhängen ist Schaden durch Verschlammung eingetreten.

Hf. Am Montag früh wütelte hier zwei Stunden lang ein furchtbares Unwetter. Hunderte von Bäumen wurden durch Blitzschlag zertrümmert. In den Wäldern der nahen und weiteren Umgebung sind Tausende von Festmetern Windbruchholz zu verzeichnen. Baumstämme bis zu 70 Zentimeter Durchmesser wurden wie Streichhölzer umgehakt. In Hf wurden die Mauern eines bereits mehrere Meter hohen Neubaus durch den Sturmwind zerstört. Eine im freien Lagernde Jagunerbau, die in ihrem Wagen Zuluft geücht hatte, wurde samt dem Wagen vom Sturm quer über die Straße geschleudert.

In Rührsdorf schlug der Blitz in die Stallung des Landwirts Pfefferkorn, tötete hier zwei Kühe, sprang dann auf die Scheune über und zündete. Die Scheune brannte mit ihrem gesamten Inhalt nieder.

In Marienberg wurde ein Lagerstuppen der dortigen Mojaisfabrik durch Blitzschlag eingeeisert.

Auf einem Feldwege in der Nähe des Bahnhofs in Riederwärtlich wurde am Montag früh ein etwa 22 Jahre altes Mädchen, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, vom Blitz erschlagen.

In Oberlungwitz hat der Sturm in Gärten und Feldern erhebliche Verwüstungen verursacht. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert und an zwei Häusern die Dächer abgehoben.

Auch in Dresden trat in der vierten Morgenstunden ein heftiges Unwetter mit mehreren Entladungen auf, ohne indes Schaden anzurichten.

Große Schadenfeuer

Goldig. Am Sonntagabend entstand im Hauptgebäude der Collmeyer Schamottwerke G. m. b. H. in Collmen ein Brand, der mit ungeheurer Schnelligkeit zu einem Großfeuer anwuchs. Trotz angelegter Tätigkeit vieler Feuerwehren konnte das Gebäude, in dem sich die Brennöfen befanden, nicht gerettet werden. Es brannte vollkommen aus. Der Betrieb des Werkes kann nicht aufrechterhalten werden. Besonders schwer wird die Belegkassette betroffen.

In Falkenstein brannte am Montag früh im Ortsteil Schweizerhäuser die der Stadt Falkenstein gehörende Scheune nieder. In dem Gebäude, das von dem Landwirt Strodel gepachtet war, befanden sich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Heu und Stroh. Der Schaden beträgt etwa 3000 RM, ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Hier ist die Entstehungsursache des Brandes noch unbekannt.

sehr hochgespannten Erwartungen (der Nationalsozialisten nämlich), die man an den Ausgang der Wahl geknüpft hat, leider nicht rechtferlig“. Nach einer Kritik der Thüringer Vorgänge (betr. Frick) und seiner nationalsozialistischen Koalitionspredigt) und der mangelhaften Leitung Fricks hierbei kommt Rodemacher zu dem Ergebnis, daß „der Gedanke der Alleinherrschaft des Nationalsozialismus eine Utopie bleiben wird.“

Diesen Schluß konnten die Freunde des Nationalsozialismus (oder des „Nationalsozialismus“) nicht ruhig hinnehmen. Natürlich! Prompt kommt in Nr. 135 der Leipz. Wp. ihre Entgegnung. Nur einiges sei hier mitgeteilt: „Es steht, wenn vielleicht auch noch nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit, eine NSDAP-Regierung in Aussicht. Wenn diese, wie man mit größter Sicherheit annehmen kann, eine wesentliche Besserung bringt, so wird das dem Marxismus eine schwere Einbuße verursachen. Man kann hier also wesentlich optimistischer sehen als Herr Dr. Rodemacher!“ „Also: es steht in Aussicht“, „wenn vielleicht“, „nachmalig“, „annehmen“ (aber nicht: annehmen muß, sondern nur: annehmen kann“) usw. usw. Der Mann ist noch nicht auf der Höhe. Was ein richtiger Nazi ist, hat Pojauntenon, nicht diese Wenn und Kann und Vielleicht!

Zum Schluß noch etwas Deutschnationales über Katholizismus. In Nr. 121 der Z. B. war Rosenfelds Wort angeführt: „Deutschland ist die längste Zeit katholisch regiert worden“. Jetzt spricht Prof. Dr. Wörner (Leipzig) in der Leipziger Abendpost Nr. 133 von einem demagogischen, hereschäftigen Katholizismus: Beweise fehlen; weiterhin berichtet er, in Chemnitz habe einer „im Zuhörerraum“ nach der Rede des Reichshanzlers bei den jährlichen

Rechtsanwalt Aberg Professor. Auf Antrag der Juristischen Fakultät der Berliner Universität hat der preussische Kultusminister Rechtsanwalt Dr. Max Aberg und den Vizepräsidenten des Kammergerichts i. R. und früheren Stellvertreternden Vorsitzenden der Zulassungskommission, Senatspräsidenten Dr. David zu Honorarprofessoren in der Juristischen Fakultät der Berliner Universität ernannt. — Die Fakultät hat sich dabei von der besonderen wissenschaftlichen Bedeutung der beiden von ihr in Vorschlag gebrachten Praktikern leiten lassen. Präsident Dr. David ist in der wissenschaftlichen Welt insbesondere durch die Neubearbeitung des vom Reichsgerichtstotal Simon bearbeiteten dreibändigen Werkes „Recht und Rechtsang“ bekannt geworden. Rechtsanwalt Dr. Aberg hat es verstanden, neben seiner umfangreichen anwaltlichen Tätigkeit sich den Namen eines Wissenschaftlers zu schaffen. In ganz Deutschland hat Dr. Aberg in den letzten 30 Jahren in großen Strafprozessen als Verteidiger mitgewirkt. Vor allem waren es die großen Handelsstrafprozesse und sensationellen Mordfällen, in denen Dr. Aberg als Verteidiger in Anspruch genommen wurde.

Deutsche Gelehrte bei einer Grönlandexpedition. Die wissenschaftliche dänische Expedition nach Ostgrönland unter der Führung des dänischen Polarforschers Dr. Laugel Koch wird am Dienstag von Kopenhagen abgehen. An der Expedition werden auch drei deutsche Geologen teilnehmen, nämlich Dr. Fredold aus Greifswald, Dr. Teichert von der Technischen Hochschule in Berlin und Dr. Hans Poser aus Berlin. Die besondere Aufgabe der deutschen Gelehrten wird die Untersuchung der verschiedenen Erdschichten von Grönland sein, um auf diese Weise womöglich das Alter Grönlands festzustellen.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bedienung des ganzen Adpers bei Sonnenbännen verwendbar ist die reizvollste und wirksamste Kosmetik. Jede 60 Pf. und 1 Pf. in allen Apotheken unterhält durch Verordnungschein 60 Pf. In haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

